

# TE OGH 2021/5/27 120s11/21s

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 27.05.2021

## Kopf

Der Oberste Gerichtshof hat am 27. Mai 2021 durch den Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofs Dr. Solé als Vorsitzenden, durch den Hofrat des Obersten Gerichtshofs Hon.-Prof. Dr. Oshidari, die Hofrätinnen des Obersten Gerichtshofs Dr. Michel-Kwapinski und Dr. Brenner und den Hofrat des Obersten Gerichtshofs Dr. Haslwanter LL.M. in Gegenwart des Schriftführers Mag. Pentz in der Verbandsverantwortlichkeitssache der F\*\*\*\*\* F\*\*\*\*\* GmbH in Liquidation wegen des Verbrechens des gewerbsmäßigen schweren Betrugs nach §§ 12 zweiter Fall, 146, 147 Abs 2, 148 zweiter Fall StGB und weiterer strafbarer Handlungen über die Nichtigkeitsbeschwerde und die Berufung des belangten Verbandes gegen das Urteil des Landesgerichts für Strafsachen Graz als Schöffengericht vom 1. Oktober 2020, GZ 30 Hv 27/19z-132, nach Anhörung der Generalprokuratur in nichtöffentlicher Sitzung den

Beschluss

gefasst:

## Spruch

Die Nichtigkeitsbeschwerde wird zurückgewiesen.

Zur Entscheidung über die Berufung werden die Akten dem Oberlandesgericht Graz zugeleitet.

Dem belangten Verband fallen auch die Kosten des bisherigen Rechtsmittelverfahrens zur Last.

## Text

Gründe:

[1] Mit dem angefochtenen Urteil wurde die F\*\*\*\*\* F\*\*\*\*\* GmbH in Liquidation für die als Verbrechen des gewerbsmäßigen schweren Betrugs nach §§ 12 zweiter Fall, 146, 147 Abs 2, 148 zweiter Fall, 15 StGB (A./I./) und des betrügerischen Anmeldens zur Sozialversicherung oder zur Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse nach § 153d Abs 1 und 2, „jeweils“ iVm Abs 3 erster und zweiter Fall StGB (A./II./) verantwortlich erkannt, die ihr Entscheidungsträger Johann F\*\*\*\*\* zu ihren Gunsten und unter Verletzung ihr obliegender Pflichten rechtswidrig und schuldhaft begangen hat.

[2] Danach hat Johann F\*\*\*\*\* als Geschäftsführer in P\*\*\*\*\* und an anderen Orten von 2007 bis Ende Februar/Anfang März 2017 gewerbsmäßig unter Einsatz besonderer Mittel, die eine wiederkehrende Begehung nahelegen, nämlich von „Scheinfirmen“ (§ 70 Abs 1 Z 1 StGB),

A./I./ in 24 im Urteil näher beschriebenen Fällen (bezogen auf ebensoviele Gesellschaften und aufmehr als 100 Anmeldungen von Dienstnehmern) mit auf unrechtmäßige Bereicherung gerichtetem Vorsatz Antun G\*\*\*\*\*, Zvonko S\*\*\*\*\* und Milan J\*\*\*\*\* bestimmt und zu bestimmen versucht (Fakten 23./ und 24./), Verfügungsberechtigte der Gebietskrankenkassen (in der Folge GKK) sowie der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (in der Folge BUAK) durch Täuschung über Tatsachen, nämlich durch die Vorspiegelung, die zur Sozialversicherung angemeldeten

Dienstnehmer seien bei den jeweiligen Gesellschaften beschäftigt, obwohl diese tatsächlich zunächst für ihn persönlich und ab 25. August 2007 für die F\*\*\*\*\* F\*\*\*\*\* GmbH, somit auf andere Rechnung arbeiteten, zu Unterlassungen, nämlich zur Abstandnahme von Beitragseinhebungen und Zuschlägen zur BUAK beim wirklichen Dienstgeber zu verleiten, die die GKK und die BUAK in einem 5.000 Euro übersteigenden Betrag von zumindest 175.263,12 Euro am Vermögen schädigten und (zu 23./ und 24./) schädigen sollte, und zwar (soweit für die Erledigung der Nichtigkeitsbeschwerde von Bedeutung):

1./–8./ (...)

9./ bei der GG\*\*\*\*\* GmbH von 2. September 2010 bis 3. November 2010 Gheorghe B\*\*\*\*\* , Vasile Fa\*\*\*\*\* und Mihai Ji\*\*\*\*\* ,

10./ bei der L\*\*\*\*\* e.U. von 21. März 2011 bis 20. Mai 2011 Vasile Fa\*\*\*\*\* , Janos und Peter K\*\*\*\*\* sowie weitere Arbeitnehmer;

11./ bei der Ko\*\*\*\*\* e.U. von 23. Mai 2011 bis 28. Juli 2011 Vasile Fa\*\*\*\*\* , Janos und Peter K\*\*\*\*\* sowie zwei weitere Arbeitnehmer,

12./ bei der Bu\*\*\*\*\* e.U. von 29. Juli 2011 bis 5. August 2011 Vasile Fa\*\*\*\*\* , Janos und Peter K\*\*\*\*\* und weitere Arbeitnehmer,

13./ bei der J.\*\*\*\*\* von 8. August 2011 bis 30. September 2011 Vasile Fa\*\*\*\*\* , Mihai Ji\*\*\*\*\* , Janos und Peter K\*\*\*\*\* und weitere Arbeitnehmer,

14./ bei der N\*\*\*\*\* GmbH von 5. Oktober 2011 bis 2. Dezember 2011 Vasile Fa\*\*\*\*\* , Mihai Ji\*\*\*\*\* , Janos und Peter K\*\*\*\*\* und weitere Arbeitnehmer,

15./ bei der M\*\*\*\*\* GmbH von 2. November 2011 bis 7. Dezember 2011 Vasile Fa\*\*\*\*\* , Mihai Ji\*\*\*\*\* , Janos und Peter K\*\*\*\*\* und einen weiteren Arbeitnehmer,

16./ (...)

17./ bei der Lo\*\*\*\*\* GmbH von 19. Juni 2012 bis 30. November 2012 Janos und Peter K\*\*\*\*\* ,

18./ bei der D\*\*\*\*\* GmbH von 15. April 2013 bis 31. Mai 2013 Janos und Peter K\*\*\*\*\*

19./ bei der Sp\*\*\*\*\* GmbH von 1. November 2013 bis 31. Dezember 2013 Janos und Peter K\*\*\*\*\* ,

20./ bei der U\*\*\*\*\* GmbH von 19. August 2014 bis 28. November 2014 Janos K\*\*\*\*\* und einen weiteren Arbeitnehmer,

21./ bei der FAR\*\*\*\*\* GmbH von 18. März 2015 bis 31. Juli 2015 Janos K\*\*\*\*\* und weitere Arbeitnehmer,

22./ bei der V\*\*\*\*\* GmbH von 3. August 2015 bis 16. Oktober 2015 Janos K\*\*\*\*\* und weitere Arbeitnehmer;

23./–24./ (...).

A./II./ durch die zu A./I./ dargestellten Tathandlungen Anmeldungen einer größeren Zahl von Personen zur Sozialversicherung in dem Wissen, dass die in Folge der Anmeldung auflaufenden Sozialversicherungsbeiträge und die in Folge der Meldung bei der BUAK aufgelaufenen Zuschläge nach dem Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz nicht vollständig geleistet werden sollen, in Auftrag gegeben, wobei die in Folge der Anmeldung und Meldung auflaufenden Sozialversicherungsbeiträge und Zuschläge nicht geleistet wurden.

### **Rechtliche Beurteilung**

[3] Die dagegen auf Z 5 des § 281 Abs 1 StPO gestützte Nichtigkeitsbeschwerde des belangten Verbandes schlägt fehl.

[4] Die Mängelrüge (nominell Z 5 erster und vierter Fall) kritisiert zunächst, dass das Erstgericht die Johann F\*\*\*\*\* entlastenden Angaben mehrerer Arbeitnehmer (Janos und Peter K\*\*\*\*\* , Vasile Fa\*\*\*\*\* und Mihai Ji\*\*\*\*\* ) in Bezug auf deren Anmeldungen bei den jeweiligen Gesellschaften den Glauben versagt hat.

[5] Dieser Argumentation ist in Bezug auf den Schuldspruch A./II./ vorzuschicken, dass die Tatrichter erkennbar von jeweils einer im Rahmen einer tatbestandlichen Handlungseinheit begangenen strafbaren Handlung nach § 153d Abs 1 und 2, „jeweils“ iVm Abs 3 erster und zweiter Fall StGB ausgingen (US 2 ff, 12). Mehrere im Rahmen einer

tatbestandlichen Handlungseinheit begangene Angriffe stellen aber nur eine einzige Tat dar, weshalb mit der bloßen Bekämpfung einzelner Ausführungshandlungen (vorliegend: Scheinanmeldungen) – soweit (wie hier) dadurch die rechtliche Beurteilung nicht tangiert wird – keine für die Schuld- und Subsumtionsfrage entscheidende Tatsache angesprochen wird (RIS-Justiz RS0127374).

[6] Auch mit Blick auf die vom Schuldspruch A./I./ erfassten Taten kommt dem Beschwerdevorbringen von vornherein nur hinsichtlich jener Gesellschaften Bedeutung zu, bei denen die genannten Zeugen nicht auch noch neben anderen Arbeitnehmern (zum Schein) zur Anmeldung gebracht wurden, weil nur insoweit rechtlich selbständige Straftaten im Rahmen der von den Tatrichtern gemäß § 29 StGB gebildeten Subsumtionseinheit in Frage gestellt werden könnten (vgl. RIS-Justiz RS0117996, RS0120980 [T1]). Im Übrigen erstattet die Beschwerde (zu Recht) auch kein Vorbringen dazu, inwieweit sonst die Subsumtion der Taten (etwa die Wertgrenze des § 147 Abs 2 StGB) tangiert sein soll.

[7] Damit spricht das Rechtsmittel in Ansehung der Zeugen Vasile Fa\*\*\*\*\* und Mihai Ji\*\*\*\*\* keine und in Ansehung der Zeugen Janos und Peter K\*\*\*\*\* nur hinsichtlich der Schuldspruchfakten A./I./17./–19./ entscheidende Tatsachen an.

[8] Der Einwand, der Schöffensenat hätte den Angaben des Janos und Peter K\*\*\*\*\* nur deswegen keinen Glauben geschenkt, weil deren polizeiliche Vernehmung nur über „Vermittlung“ des Angeklagten zustande gekommen sei, trifft nicht zu. Vielmehr blendet die Beschwerdeführerin die auf den persönlichen Eindruck in der Hauptverhandlung gestützten Erwägungen der Tatrichter aus (US 21) und beschränkt sich solcherart auf eine Bekämpfung der Beweiswürdigung nach Art einer im kollegialgerichtlichen Verfahren unzulässigen Schuldberufung.

[9] Gleiches gilt für die Kritik an den Urteilsannahmen, wonach die zeitgleiche Anmeldung der Zeugen Janos und Peter K\*\*\*\*\* bei zwei (Schein-)Gesellschaften für eine tatsächliche Beschäftigung im Unternehmen des Angeklagten spreche.

[10] Welchen Geldbetrag Johann F\*\*\*\*\* den unmittelbaren Tätern als Gegenleistung für die jeweiligen Scheinanmeldungen entrichtete, ist für die Ermittlung des bei der GKK und der BUAK eingetretenen Vermögensschadens ebenso irrelevant wie die Frage, in welchem Ausmaß sich der Genannte bereichern wollte (vgl. RIS-Justiz RS0094092; Kirchbacher/Sadoghi in WK2 StGB § 146 Rz 6, § 147 Rz 60 mwN). Das darauf bezogene Vorbringen der Mängelrüge (nominell Z 5 dritter Fall) kann daher auf sich beruhen.

[11] Die Nichtigkeitsbeschwerde war daher – in Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Generalprokuratur – schon bei nichtöffentlicher Beratung sofort zurückzuweisen (§ 285d Abs 1 StPO). Daraus folgt die Zuständigkeit des Oberlandesgerichts zur Entscheidung über die Berufung (§ 285i StPO).

[12] Die Kostenentscheidung beruht auf § 390a Abs 1 StPO.

#### **Textnummer**

E131851

#### **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:2021:01200S00011.21S.0527.000

#### **Im RIS seit**

15.06.2021

#### **Zuletzt aktualisiert am**

15.06.2021

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>